

Landtagswahlen: 28. Oktober 2018 in Hessen

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Die Piratenpartei unterscheidet nicht, wie sich Menschen lieben. Diese Basis sehen wir als ausschlaggebend an, um ein Selbstverständnis für verschiedene Lebens- und Liebesmodelle zu etablieren. In dieser Atmosphäre können Diskriminierungen offen angesprochen und beseitigt werden. Reaktionären Kräften, die sich durch Hetze und einer rückwärtsgewandten Politik dem entgegen stellen, erteilen wir eine klare Absage.

Frage 2:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Ziel der Piratenpartei ist es, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, indem die durchaus sehr persönliche Entscheidung,

Bisexuelle Wahlprüfsteine

sich zu outen, keine negativen Konsequenzen hat und daher vollkommen selbstverständlich stattfinden kann.

Frage 3:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%,
<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Ziel muss es auch hier sein, zunächst die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Hierzu gehört, über alle Formen von Sexualität gleichberechtigt aufzuklären, Anlaufstationen für Betroffene von Diskriminierung zu schaffen und auszubauen und über Formen der Diskriminierung aufzuklären.

Bezüglich der Mittel lässt der parlamentarische Alltag leider keine andere Aussage zu, als dass Sie hierzu die Regierung werden befragen müssen.

Frage 4:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

Bisexuelle Wahlprüfsteine

In Hessen gibt es seit Mai 2017 einen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt. Die oben genannte Studie ist hier aber nicht bekannt. Auch bekommen Bisexuelle keine spezielle Berücksichtigung. Und die hierin zu findende Definition von „bisexuell“ ist nicht anerkannt.

(http://www.gleichgeschlechtliche-lebensweisen.hessen.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaaupj, <https://robynocho.com/bisexual/>).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wie bereits in Frage 3 ausgeführt, gehört die unterschiedslose Berücksichtigung aller Formen von Sexualität unter gleichberechtigten Partnern in den Lehrplan. Bei dessen Erstellung gehören die Betroffenenengruppen selbstverständlich mit einbezogen.

Frage 5:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandte Kräfte wie den „Besorgten Eltern“?

Siehe Beantwortung von Frage 1 und 2.

Frage 6:

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:

http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2017_neu/170922_VIII_Bisexuelle.html, <http://haki-sh.de/de/nachrichten-lesen/echte-bisexuelle-vielfalt-im-norden.html>.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Nach unserem Verständnis kann es keine gelungene Aktion geben, ohne die Betroffenen unmittelbar mit einzubeziehen. Daher wäre unser Ziel mit den Betroffenengruppen im Gespräch, am besten interfraktionär, zu einem gemeinsamen Verständnis zu kommen.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html).

Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Für die Piratenpartei ist die Forschungsfreiheit der Universitäten ein hohes Gut. Nichtsdestotrotz ist uns natürlich bewußt, dass Forschung von entsprechenden Geldern abhängig ist. Bezüglich der/dieser Mittel verweisen wir (mit Bedauern) auf Frage 3.

Wir sind der Überzeugung, dass alle Studien, Gutachten und Forschungsergebnisse, die mit staatlichen Mittel finanziert worden sind, der Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen müssen - Stichwort "Open Access". Ferner stehen wir für

Bisexuelle Wahlprüfsteine

evidenzbasierte Politik. Das bedeutet, dass Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zwangsläufig Eingang in die politische Arbeit finden muss.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich** (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>).

Warum gibt es keine harten Konsequenzen für menschenrechtsfeindliche Äußerungen von Politiker_innen? Wie wollen Sie das ändern, dass einzelne Politiker_innen sich so daneben benehmen?

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut und die parlamentarische Immunität grundrechtlich verbrieft. Leider gelingt es immer wieder Politikerinnen und Politikern, diesen Spielraum bis ins Unerträgliche zu dehnen und auszunutzen. Solange der strafrechtliche Rahmen nicht erreicht wird, bleibt uns leider nichts anderes übrig, als uns diesen Angriffen energisch und solidarisch entgegen zu stellen und in die Gesellschaft hinein zu wirken, um solcherlei Aussagen jegliche Akzeptanz zu nehmen.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist ein besonders zu verachtendes Vergehen (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>).

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Wir setzen uns für die Unterstützung von Initiativen ein, welche die Akzeptanz und Selbstbestimmung sexueller Vielfalt fördern. Ziel ist es, eine Auseinandersetzung mit Diskriminierung anderer Lebens- und Liebesmodelle in der Gesellschaft zu

Bisexuelle Wahlprüfsteine

initiiert und einen positiven Wandel zu Respekt von selbstbestimmten Lebensentwürfen zu erwirken. Straftaten mit einem solchen Hintergrund sollen in die polizeiliche Kriminalstatistik separat aufgenommen werden, um die Reichweite der Problematik sichtbar zu machen.

Die Polizei und die Justiz sollen bezüglich der Thematik sensibilisiert werden. Die Folgen von Gewalt bei der Opfergruppe mit LSBTTIQ-Hintergrund sollen in der Aus- und Fortbildung von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern berücksichtigt werden. Die Thematik "vorurteilsmotivierte Gewalt" wird in der Polizeiausbildung bzw. im Jurastudium nur sehr unzureichend angesprochen. Teilweise werden vorurteilsmotivierte Straftaten in diesem Bereich nicht erkannt.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter (https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824).

Was ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wissenschaft und LGBTI-Verbände haben sowohl Testverfahren als auch Fragebögen geliefert, die sicherstellen das alle Spender sorgsam auf Risiken überprüft werden und anschließend das gespendete Blut sorgsam kontrolliert wird.

Wir regen daher eine grundsätzliche Zulassung aller Menschen zur Blutspende an. Hierzu zählen wir auch bislang ausgegrenzte Gruppen wie:

- MSM (Männern, die Sex mit Männern haben),*
- weiblichen und männlichen Sexarbeitern*
- sowie Drogenkonsumenten die Drogen intravenös (i.v.) anwenden oder schnupfen.*

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Sie dürfen durch keinerlei Fristen, die länger sind als jene für "ungeschützten Sex" praktizierende, heterosexuelle Männer, (also 4 Monate), von der Blutspende ausgeschlossen werden. Wir setzen uns für eine entsprechende Änderung des Transfusionsgesetzes ein.

Unzweifelhaft gilt: Die Qualität von Blutprodukten muss gewährleistet bleiben und rechtfertigt weiterhin den begründeten Ausschluss von einzelnen Menschen von der Blutspende. Sie dürfen, bei Risikoverhalten, zum Schutz anderer Menschen, von der Blutspende ausgeschlossen werden. Hierfür ausschlaggebend soll jedoch das individuell tatsächlich vorliegende Risikoverhalten und nicht ein hergeleitetes Gruppenverhalten sein.

Für die Piratenpartei gilt, dass Blutspendekriterien risikobezogen, unabhängig von der sexuellen Orientierung und anderen, die persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen. Die für die Ausgestaltung der Blutspende-Richtlinien Zuständigen sind die Landesärztekammern in Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut. Sie werden von der Piratenpartei aufgefordert, zu prüfen, wie die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende gefahrlos für die Empfängerinnen und Empfänger zu gewährleisten ist.

*Die Piratenpartei fordert eine Bundesratsinitiative der Landesregierung.
Eine gesellschaftliche Debatte über das Thema ist notwendig.
Diese will die Piratenpartei mit ihrer Positionierung anstoßen.*

Frage 11:

Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die **Reparativtherapien** in Deutschland noch nicht verboten

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/konversionstherapien-bundesregierung-will-homo-heiler-nicht-verbieten/19476438.html>,

Bisexuelle Wahlprüfsteine

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/initiative-im-bundesrat-bremen-will-homo-heiler-verbieten-lassen/22972658.html>).

Im Gegensatz zu anderen Ländern (https://de.wikipedia.org/wiki/Reparativtherapie#Rechtliche_Lage).

Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen Scharlatanen zu beschützen?

Abweichende geschlechtliche oder sexuelle Identität bzw. Orientierung darf und kann nach unserer Überzeugung nicht als Krankheit oder Perversion eingestuft werden. Innerhalb der Piratenpartei gibt es Überlegungen, Ärztinnen und Ärzten, die solche Praktiken anbieten, die Approbation zu entziehen. Die Entscheidungsfindung hierzu ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Dr. Michael Weber
Politischer Geschäftsführer, Piratenpartei Hessen